Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Rundbrief

Liebe Freundinnen und Freunde,

derzeit bewegen uns verschiedene Themen. Zum Beispiel die vom Bundesverteidigungsministerium Ende Oktober bekannt gemachten Schließungen von Standorten der Bundeswehr. Völlig überraschend steht auch die Graf-Stauffenberg-Kaserne in unserer Kreisstadt Sigmaringen auf der Streichliste. Diese Kaserne beherbergt unter anderem das Führungsunterstützungsbataillon 291. Warum erwähne ich das? Naja, die Stadt Gammertingen ist ja 2009 eine „Patenschaft" eingegangen und zwar mit der 4. Kompanie genau dieses Führungsunterstützungsbataillons. Wie unseren Leserinnen und Lesern bekannt ist, haben wir gegen diese Verbindung protestiert. Immerhin 448 Menschen und Organisationen aus der ganzen Bundesrepublik haben unseren „Offenen Brief" an den Gammertinger Bürgermeister unterschrieben. Diesem fiel nichts anderes ein als uns zu diffamieren und zu kriminalisieren. Wir haben in unseren Rundbriefen über die jeweils aktuellen Vorgänge ausführlich berichtet, zu denen auch eine rechtswidrige Hausdurchsuchung gehörte – immerhin eine gänzlich neue Erfahrung für uns.

Ja, und nun wird ausgerechnet dieses Führungsunterstützungsbataillon 291 aufgelöst. Vielleicht kommt bei manchem eine klammheimliche Freude bei dieser Nachricht auf. Aber ehrlich gesagt, kann ich bei dieser gesamten „Bundeswehrreform" keine Freude empfinden, weil ja die damit verbundenen Reduzierungen von Truppen und Standorten mit Abrüstung überhaupt nichts zu tun haben. Es geht darum, die Fähigkeit zu verbessern, Kriege führen zu können. Doch für was brauchen wir eine Bundeswehr jetzt noch? Nachdem Deutschland von Freunden umgeben ist, ist eine Bundeswehr weder nötig noch sinnvoll. Deshalb müssten jetzt auch Befürworter einer Verteidigungsarmee in die alten, aber sehr aktuellen Slogans der Friedensbewegung einstimmen: „Bundesrepublik ohne Armee" und „Frieden schaffen ohne Waffen".

Ausführlicher setze ich mich mit diesem Thema in dem Artikel „Überraschende Standortschließung: Fast niemand hat mit dem Aus der Graf-Stauffenberg-Kaserne in Sigmaringen gerechnet" auseinander (siehe S. 10ff.)

Mörderischer Rechtsextremismus und seine gesellschaftliche Verankerung

Derzeit wird von einer „rechtsextremen Mörderbande" gesprochen oder vom „Zwickauer Mördertrio". Angesichts von mindestens 10 Morden ist das nicht verkehrt. Wenn sich aber Bundesinnenminister Friedrich und andere Landesjustiz- und Innenminister nun darauf fixieren, den Rechtsterrorismus bekämpfen zu wollen, so ist das in mehrfacher Hinsicht höchst problematisch. So ist die Loslösung des Rechtsterrorismus aus dem Rechtsextremismus falsch. Denn die rechte Szene terrorisiert alltäglich zivilgesellschaftlich Engagierte, Migranten und Andersdenkende. Die Anwendung von Gewalt und Terror ist Teil der nationalsozialistischen Ideologie und ein anerkanntes Mittel in der rechtsextremen Szene zur Durchsetzung ihrer Ziele. Seit 1990 gibt es mindestens 182 Todesopfer von rechtsextremer, rassistischer Gewalt in Deutschland. Und unzählige weitere Opfer von Rechten. Dass Menschen Opfer rechter Gewalt werden, ist also nichts Neues in unserem Land. Doch die wenigsten möchten davon wissen, wie gegenwärtig rechte Gewalt ist und wie sehr sie vom Staat bisher verharmlost wird.



Foto: Ruben Neugebauer / Campact

Dabei sind aber solche pathologisch Verrückten, die mit einer Waffe in der Hand mordend durch unser Land ziehen, nicht das Hauptproblem, sagt Mely Kiyak in ihrer Kolumne in der *Frankfurter Rundschau* vom 19.11.2011. Das Problem sieht sie vielmehr darin, dass es ein Drittel in unserer Bevölkerung gibt, das rechtsextrem denkt. Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* hat im ver-

Aus dem Inhalt

- Nachrichten
- Projekt „Grundeinkommen Friedensarbeit"
- Menschen, die uns brauchen
- Überraschende Standortschließung in Sigmaringen
- Berliner Erklärung
- Aktion Aufschrei - Stoppt Waffenhandel

71
Dezember 2011
18. Jahrgang

gangenen Jahr eine große Studie durchgeführt, bei der jeder Dritte diesem Satz zustimmte: „*Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet*". Ebenso viele sind der Ansicht, dass „*Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen*", und dass bei knappen Arbeitsplätzen „*Ausländer wieder in ihre Heimat*" ausgewiesen werden sollten. Wenn aber ein Drittel der Bevölkerung denkt, Ausländer gehörten nicht hierher, dann hilft kein NPD-Verbot. Rechtsextremes Denken ist in unserer Gesellschaft unausrottbar tief verankert.

Dieser „normale" Rassismus kann nicht einfach ignoriert, es darf zu ihm nicht geschwiegen werden. Als *Lebenshaus* tragen wir dazu bei, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Dazu gehört auch unser Eintreten für einen vorurteilsfreien Umgang mit unseren Mitmenschen – ganz unabhängig von ihrer Herkunft. Dies macht eindrücklich der Artikel von Katrin Warnatzsch in diesem Rundbrief deutlich.

Ranking: Inhumaner Kapitalismus-Auswuchs

Am vorletzten Samstag im November löste die Nachricht große Betroffenheit aus: Der Bundesliga-Schiedsrichter Babak Rafati hat einen Suizidversuch unternommen. Noch ist über die Ursache nichts wirklich bekannt. Laut DFB-Präsident Zwanziger dürfte aber etwas eine bedeutende Rolle gespielt haben, was uns alle betrifft: Es ist das Ranking, das Herstellen einer Rangfolge, und der damit verbundene gesellschaftliche Druck, der sich in seiner Konsequenz als inhuman erweist.

Zunächst ist das Ranking als eine als relativ harmlos daherkommende gesellschaftliche Bewertung in Betrieben, in Wirtschaftssektoren „eingeschleust" worden. Doch schnell stellte sich heraus, dass Ranking nicht den Menschen nützte, die sich nun mit anderen vergleichen konnten. Es diente ausschließlich der Leistungssteigerung, sprich der besseren Ausbeutung.



Foto: Boykin Reynolds

Inzwischen hat das Ranking die meisten sozialen Bereiche erfasst. Das beginnt in der Arbeitswelt, geht weiter über die Einstufung von Hochschulen und endet noch lange nicht bei „Castings" im Fernsehen. Überall wird bewertet und eine Rangfolge aufgestellt.

Der Bundesligaschiedsrichter Rafati war in den vergangenen vier Jahren dreimal von den Bundesligaprofis bei einer Umfrage des Fachblatts Kicker zum schlechtesten Schiedsrichter der Saison gewählt worden. Er sollte auch seinen Platz unter den zehn deutschen Top-Schiedsrichtern auf der Liste des internationalen Fußballverbands verlieren. Dass solche Vorgänge einen immensen Druck erzeugen können, den ein Mensch nicht mehr ertragen kann, ist ohne weiteres nachvollziehbar.

Als *Lebenshaus* haben wir es immer wieder mit Menschen zu tun, die aufgrund eines als unerträglich empfundenen Drucks krank werden, möglicherweise auch nicht mehr leben wollen. Die Gründe sind verschiedenartig. Aber oft haben sie eben mit dem angedeuteten Bewertungsmaßstab in einer kapitalistischen Marktwirtschaft zu tun, in der alles dem Prinzip der maximalen Renditesteigerung unterworfen wird. Um des kurzfristigen Gewinns willen wird flexibilisiert, dereguliert und privatisiert, es werden Kosten ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Folgen gesenkt. Soziale Strukturen, die über Jahrzehnte gewachsen sind und Menschen vor den schlimmsten Auswüchsen des Kapitalprinzips schützten, werden plattgemacht. Die Folge ist eine auf Kälte, Konkurrenz und Gleichgültigkeit getrimmte Gesellschaft, die einen gewaltsamen und menschenfeindlichen Charakter aufweist.

Keine Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft?

„*Wir widersprechen der Behauptung, dass es zur kapitalistischen Marktwirtschaft keine Alternative gäbe, und dass der Mensch ein nur auf materielle Bereicherung, Egoismus, Konkurrenz und Aggression hin angelegtes Wesen sei*", heißt es dagegen in der „Berliner Erklärung zur Banken- und Finanzkrise". „*Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch auch ein zur Kooperation, gegenseitiger Wertschätzung und Solidarität begabtes Wesen ist.*"

Diese Überzeugung teilen wir. Deshalb setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, in der diese Werte verwirklicht werden. Dazu bedarf es dann aber auch einer Wirtschaft, „*in der Menschenwurde, Kooperation, Solidarität und ökologische Zukunftsfähigkeit verwirklicht werden können*", wie es in der „*Berliner Erklärung*" heißt, die wir in diesem Rundbrief auszugsweise abdrucken.

Sich für solch eine nicht-kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsform einzusetzen, ist allerdings „*eine harte, mühselige Maulwurfsarbeit*", sagte einst Johannes Agnoli. Aber „*sie ist alles, was heute zu tun bleibt. … Es ist eine Arbeit, die man auf sich nimmt, ohne zu wissen, ob sie jemals zu einem guten Ende führt, eine Arbeit, deren Wert für die geschichtliche Perspektive im Ungewissen bleibt.*"

Aller Wahrscheinlichkeit nach gibt es in absehbarer Zeit keine Chance dafür, die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse aufzuheben und eine Gesellschaft aufzubauen, in der alle aufrecht gehen können. Deshalb geht es uns im Sinne von Agnoli um unermüdliche Maulwurfsarbeit in Gestalt eines beständigen Engagements für Gerechtigkeit, Frieden und Ökolo-

gie. Und dabei können wir nicht sicher sein, ob sie jemals zu einem guten Ende führen wird, das heißt, ob wir den angestrebten grundlegenden Wandel je erreichen werden. Aber dieses Engagement ist eine Arbeit auf diesen grundlegenden Wandel hin.

Tropfen, welche die Erde bewässern

Nun wird uns engagierten Menschen ja häufig entgegengehalten, das, was getan werden könne, sei nicht mehr als ein Tropfen auf einem heißen Stein. Da solche Tropfen bei Hitze bekanntlich verdampfen, liegt der Schluss nahe, dass jegliches Engagement ohnehin unnütz sei. Dagegen glaube ich, dass jedes Engagement, und sei es noch so klein, nicht umsonst ist. Vergleichbar mit Wassertropfen, die in die Erde eindringen und diese bewässern können, damit etwas wachsen kann. Dies gelingt umso besser, wenn der Maulwurfshügel auch noch zur Gartenerde wird.

Und aus der solcherart bewässerten und gelockerten Erde sprießen ja zarte Pflanzen, die immer wieder sichtbar werden. Mit der Occupy-Bewegung entwickelt sich derzeit, von Protesten in New York ausgehend, eine neue globale Bewegung gegen die Macht der Banken. Die globalisierungskritische Bewegung um Attac, die Anti-AKW-Bewegung, Initiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen, die Friedensbewegung mit ihrer Graswurzelarbeit, die Gegner von Stuttgart 21 – all das sind ermutigende Ansätze, wo immer möglich, an befreiender Praxis zu arbeiten und mit zu gestalten. Mit unseren bescheidenen Mitteln arbeiten wir als *Lebenshaus Schwäbische Alb* in verschiedenen Themenbereichen mit.

Wir hoffen, dass wir uns mit Ihrer Unterstützung weiterhin für eine bessere Welt engagieren können, einschließlich der Möglichkeit, auch Menschen in schwierigen Lebenssituationen solidarisch zu unterstützen. Herzlichen Dank für Ihre und Eure Solidarität!

Ich wünsche Ihnen und Euch friedvolle Weihnachtstage und ein gutes Neues Jahr 2012!

Euer / Ihr



Michael Schmid

Stärken Sie Lebenshaus Schwäbische Alb für unser weiteres Engagement

Wir wollen uns 2012 und in den folgenden Jahren weiter für gerechten Frieden und eine lebensfähige und lebenswerte Mitwelt engagieren. Dafür bitten wir um Ihre/Deine Unterstützung.

Der bisherige Spendeneingang im Jahr 2011 ist gegenüber den Vorjahren leicht rückläufig. Zum Jahresende droht allerdings die Situation, dass die Ausgaben die Einnahmen übertreffen. Wir würden uns sehr freuen, wenn ein solches Defizit nicht eintreten würde. Sonst müssen im kommenden Jahr erhebliche Einsparungen bei der fortlaufenden Arbeit gemacht werden. Dabei möchten wir 2012 doch zusätzlich sehr gerne das **Projekt „Grundeinkommen Friedensarbeit“** umsetzen. Der Vorsitzende Axel Pfaff-Schneider geht in einem Artikel in diesem Rundbrief nochmals ausführlich darauf ein. In diesem Zusammenhang bitten wir, den diesem Rundbrief beigefügten Rückmeldezettel für dieses Projekt zu beachten.

Insbesondere wegen seinem Gebäude und dessen grundlegende ökologische Sanierung vor drei Jahren hat unser Verein **Verbindlichkeiten** von rund 216.000 €. Dies stellt eine ständige große Herausforderung dar, bei deren Bewältigung wir auf mitmachende Menschen hoffen und setzen müssen. Aufgrund bestehender Verträge sind für 2011/2012 Darlehen mit einem Gesamtbetrag von rund 77.500 € zur Rückzahlung fällig. Unsere derzeitigen Rücklagen reichen nicht aus, um diesen gesamten Betrag abzudecken. Zudem gibt es unbefristete Privatdarlehen in Höhe von 130.700 €, bei denen stets ungewiss ist, wann diese gekündigt werden. Deshalb hoffen wir, einerseits **neue (zinslose) Darlehen sowie Spenden zu erhalten, um diese Last stemmen zu können**. Andererseits machen wir glücklicherweise die Erfahrung, dass nicht immer alle befristeten und damit fälligen Darlehen zum entsprechenden Zeitpunkt wirklich zurückbezahlt werden müssen.

Jede Spende – groß oder klein, regelmäßig oder einmalig -, jede Fördermitgliedschaft und jedes (zinslose) Darlehen hilft! Herzlichen Dank!

Übrigens werden zum Beispiel immer wieder besondere **persönliche Ereignisse, wie z.B. runde Geburtstage, zum Anlass genommen, um Spenden für das *Lebenshaus* zu sammeln**. Solche Unterstützungsaktionen haben immer mindestens einen zweifachen Effekt: außer dem Geld, das dem *Lebenshaus* direkt zugewandt wird, ist damit gleichzeitig eine Werbung für unsere Ziele verbunden. Und schon mancher Mensch, der uns nun schon seit vielen Jahren treu begleitet, ist durch eine ähnliche Aktion auf uns gestoßen.

Erinnern möchten wir daran, dass auch mit einem **Vermächtnis** oder einer **Erbeinsetzung** eine gemeinnützige Organisation wie das *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt werden kann. In diesem Fall entfällt die Erbschaftssteuer und das Erbe kommt in vollem Umfang der Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Erhalt der Umwelt zugute. Wer zum Thema Nachlässe Fragen hat, bitten wir ebenfalls um Kontaktaufnahme.

Nachrichten aus dem Lebenshaus

Lebenshaus aktiv bei Ökumenischer FriedensDekade „Gier Macht Krieg"



Mit dem Motto „Gier Macht Krieg" hat der Trägerkreis der Ökumenischen FriedensDekade, in dem die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) und viele Friedensgruppen zusammenarbeiten, dieses Jahr im November bundesweit zu Gottesdiensten, Veranstaltungen und Friedensgebeten gegen den Krieg aufgerufen. Die 1980 in Ost- und Westdeutschland gegründete Bewegung mit dem Logo „Schwerter zu Pflugscharen" blickt inzwischen auf über drei Jahrzehnte Friedensarbeit zurück.

Dieses Jahr gab es bundesweit über 1100 Veranstaltungen während der FriedensDekade.

Seit 1991 finden während der Ökumenischen FriedensDekade ununterbrochen Veranstaltungen in Gammertingen und Umgebung statt, wie immer koordiniert von *Lebenshaus*-Geschäftsführer Michael Schmid.

Der Auftakt wurde am Sonntag, 6. November 2011, mit einem Spaziergang gemacht. Dieser Spaziergang, der an einem wunderbaren Sonnentag mit leider nur mäßiger Beteiligung stattfand, wurde durch kurze, von Katrin Warnatzsch vorgetragene Meditationen zum Friedensdekade-Thema „Gier Macht Krieg" unterbrochen, in denen wir uns der Antwort „Teilen macht Frieden" näherten. Unterwegs Zeit und Gedanken miteinander teilen, war das Ziel dieser vom *Lebenshaus* angebotenen Veranstaltung.

Am 8. November setzte der Weltladen Gammertingen im evangelischen Gemeindehaus mit dem Videofilm „Eine Wunde, die nicht heilt" die Veranstaltungsreihe fort. Dieser tief berührende Filmbericht machte am Beispiel von Papua Neuguinea deutlich, wie eine intakte Umwelt - durch das Gewinnstreben weniger - zerstört wird.

Am Sonntag, 13. November, bildeten dann Bittgottesdienste für den Frieden in den evangelischen Kirchen von Veringenstadt und Gammertingen den Abschluss der Veranstaltungen. Sie wurden von Pfarrer Deißinger gemeinsam mit den *Lebenshaus*-Mitgliedern Katrin Warnatzsch und Michael Schmid vorbereitet und gestaltet.



Am 3. Oktober fand bei herrlichem Wetter die diesjährige Lebenshaus-Wanderung statt, die unter anderem ins wunderschöne Lautertal führte. Unterwegs gehörte natürlich auch eine ausführliche Rast dazu. Foto: Michael Schmid

Menschen für Kerngruppe im Lebenshaus gesucht

Wie bereits im letzten Rundbrief geschrieben, suchen wir Menschen, die Interesse daran haben, als Mitglied(er) der Kerngruppe im *Lebenshaus* in Gammertingen gemeinsam mit Katrin Warnatzsch und Michael Schmid mitzuleben und sich in diesem Projekt zu engagieren. Erwünscht wären eine oder zwei Personen.

Diese Person/en sollte/n u.a. Folgendes erfüllen:

- Teilen des Traums und der Sehnsucht, dass eine andere Welt möglich ist und Bereitschaft, sich für seine Überzeugungen zu engagieren
- Übereinstimmung hinsichtlich der Formen, wie man sich in die Gesellschaft einbringen kann
- Bereitschaft, Konsequenzen auf sich zu nehmen, die das Vertreten von Minderheitenmeinungen in unserem konservativen Umfeld mit sich bringen / Unabhängigkeit des als sinnvoll erkannten Handelns von Erfolg oder „Beifall" im Nahbereich
- Bereitschaft zur Reflektion und Weiterentwicklung unseres Engagements im Sinne der Vereinsziele.

Wer sich angesprochen fühlt oder jemand kennt, für den/die so etwas in Frage kommen könnte: bitte mit uns Kontakt aufnehmen.

Steuer gegen Armut: Die Finanztransaktionssteuer (FTS)

Die Kampagne „Steuer gegen Armut“, ist ein Zusammenschluss von 86 Mitgliedsorganisationen – darunter auch *Lebenshaus Schwäbische Alb* – das seit Oktober 2009 mit unserem Offenen Brief an die Bundesregierung die Einführung einer Finanztransaktionssteuer fordert. Eine **Finanztransaktionssteuer** funktioniert im Prinzip wie eine Mehrwertsteuer auf Bankgeschäfte. Der Staat belegt dabei den Handel mit fast allen Finanzprodukten mit einer minimalen Steuer. Angedacht sind Steuersätze von 0,01 bis 0,5 Prozent. Je nach Steuersatz und Schätzung würde die Steuer dem deutschen Staat zwischen 12 und 36 Milliarden Euro einbringen. Zudem soll sie das Geschehen an den Finanzmärkten entschleunigen und verhindern, dass sich riesige Blasen bilden. Mit den Einnahmen kann man die extreme Armut und den Klimawandel bekämpfen - und die Finanzmärkte leisten dazu ihren Beitrag. Wenn das mal keine gute Idee ist!

Inzwischen ist die Finanztransaktionssteuer von den weltweiten Verhandlungen nicht mehr wegzudenken. Allerdings kam es auf der Ebene der G20 erwartungsgemäß nicht zu einem Durchbruch. Auf EU-Ebene wird immer noch diskutiert und nicht gehandelt. Statt eine Entscheidung über die EU-weite Finanztransaktionssteuer in den europäischen Gremien herbeizuführen, wollen die skeptischen EU-Mitgliedstaaten weiter beraten. Eine Ratsarbeitsgruppe soll Anfang Dezember über volkswirtschaftliche Auswirkungen diskutieren, die EU-Finanzminister werden in den folgenden Wochen dann weiter debattieren. Damit ist bis auf weiteres auch eine Einführung auf Ebene der Eurozone blockiert.

Mittelfristig sind die Chancen für eine Eurozonen-Lösung dafür aber gestiegen: Die Niederlande haben als bisher entschiedenster Gegner in der Eurozone ihren prinzipiellen Widerstand gegen eine Finanztransaktionssteuer aufgegeben. In Deutschland hat sich das CDU-Präsidium offiziell zu einer Eurozonen-Lösung bekannt, der Druck auf die FDP wächst. Das ist gut so. Gemeinsam mit Campact und Attac fordern wir FDP-Chef Rösler und die FDP auf, die Blockadehaltung aufzugeben. Im Internet kann ein Appell online unterzeichnet werden (FDP-Blockade auflösen: www.campact.de/finanzkrise/sn1/signer).

Übrigens ist die charmanteste Erklärung des Anliegens der Kampagne „Steuer gegen Armut“ die von Heike Makatsch und Jan Josef Liefers in einem kurzen Videostreifen: http://vimeo.com/24566064.

Weitere Infos im Internet: www.steuer-gegen-armut.org

Friedensarbeit im Lebenshaus vertiefen

Aufruf zur Unterstützung des Projekts „Grundeinkommen Friedensarbeit“

Von Axel Pfaff-Schneider – Vorsitzender von Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Im Rundbrief Juli haben wir das Projekt „Grundeinkommen Friedensarbeit“ vorgestellt. Die ersten Reaktionen sind positiv, erste Spenden und Spendenzusagen sind bereits eingegangen. Eine Anstellung von Michael Schmid beim *Lebenshaus*-Verein soll jedoch - wie angekündigt - erst dann in die Tat umgesetzt werden, wenn für alle Beteiligten sicher erkennbar sein wird, dass die benötigten Mittel auch tatsächlich aufgebracht werden können. Davon sind wir momentan noch ein großes Stück entfernt. Deshalb wollen wir mit diesem Artikel und weiteren Argumenten noch einmal für die Unterstützung des Projekts werben.

Die bisherige Qualität von Friedensarbeit sicherstellen und vertiefen

Wer unseren Rundbrief und das *Lebenshaus* kennt, hat eine Vorstellung davon, was dort alles geleistet wird. Mit unserem ganzheitlichen Ansatz sollen die vielfältigen Facetten der Themen Ökologie, soziale Gerechtigkeit und Frieden nicht nur in Form von Aufklärungsarbeit dargestellt werden, sondern auch im Alltag in handfestes Handeln umgesetzt werden. So ist die Betreuung von Gästen im Haus und die Unterstützung bedürftiger Familien in der Region Gammertingen Schwerpunkt für das Engagement von Katrin Warnatzsch im *Lebenshaus*. Diese Arbeit im sozialen Friedensdienst ist viel gefragt, wirksam, aber weniger nach außen sichtbar.

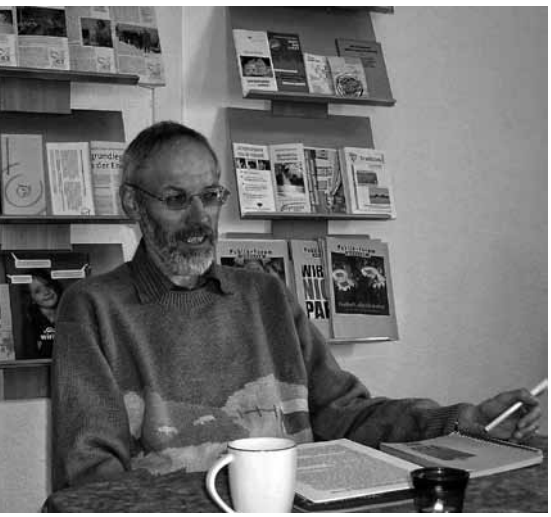
Michaels politische Friedensarbeit hingegen ist auch von außen her als äußerst erfolgreich zu erkennen, dafür aber sehr arbeitsintensiv und könnte wohl mehrere Menschen in Vollzeit beschäftigen.

Immer wieder stellen Interessierte, aber auch langjährige Freunde des *Lebenshauses*, erstaunt fest, dass all das nicht hauptamtlich, sondern ehrenamtlich geleistet wird. Allein der stark nachgefragte Newsletter benötigt endlose Stunden Arbeit am PC.

Und der „Offene Brief“ in Sachen „Patenschaft“ der Stadt Gammertingen mit einer Bundeswehrkompanie in Sigmaringen steht beispielhaft für die vielen kleineren und größeren Projekte, die nicht nur vor Ort, sondern weit über die Region hinaus für Aufmerksamkeit sorgen. Jeder, der sich mit politischer Arbeit auskennt, weiß, was da alles an Aufwand dahinter steckt.

Fortsetzung nächste Seite

Gestaltungsspielräume erweitern und Akzente setzen



Michael Schmid referiert bei einer Veranstaltung im Lebenshaus. Foto: Katrin Warnatzsch

Es gibt also Gründe genug, um die bisherige Qualität und auch den Umfang dieser politischen Friedensarbeit unbedingt aufrecht zu erhalten. Vor allem aber wollen wir vorhandene Gestaltungsspielräume erweitern und den einen oder anderen weiteren Akzent setzen.

Was da alles möglich wäre, wenn sich Michael mit mehr Zeit und Energie der Friedensarbeit widmen könnte und was er dann anpacken wollte, verdeutlicht Michael gerne am Beispiel der Bundeswehrstandorte in der Region.

An allererster Stelle steht hier das Zusammentragen von sorgfältig und sauber recherchierten Informationen. Zum Beispiel: was steht hinter den Standortschließungen, weshalb wird der eine Standort geschlossen, ein anderer mit neuen Aufgaben versehen? Welche Pläne verfolgt hier die Bundeswehr? Aber auch: was bedeutet es für die wirtschaftliche Infrastruktur einer Region, wenn sich der Wirtschaftsfaktor Bundeswehr verabschiedet? Lassen sich vielleicht neue Ideen und Aufgaben für die Standorte finden? Stichwort Konversion....

All diese Informationen in größere Zusammenhänge einzuordnen, heißt – bleiben wir beim Beispiel der Standorte – nachvollziehbar zu begründen und zu verdeutlichen, dass die Schließung von Kasernen, die Reduzierung von Truppenstärken, usw. eben nicht, wie man meinen könnte, ein Stück Entmilitarisierung bedeutet, sondern dass damit die Konzentration aufs brutale „Kerngeschäft" Kriegsführung verstärkt werden soll.

Wenn diese Zusammenhänge gut aufbereitet werden und mit regionalem Bezug versehen sind, dann können sie Grundlage sein für weitere Aktivitäten, für Aktionen und Kampagnen, für Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung. Vielleicht erinnert sich die eine oder der andere an die gut aufbereiteten Informationen Anfang der 80er Jahre zu den Kurzstreckenraketen in unserer Region in Großengstingen und über die entsprechenden Kriegsführungsstrategien. Ohne diese Grundlagen hätten die damaligen Aktionen kaum solche Wirkung entfalten können. Ohne diese Informationen hätte es 1982 wohl keine „Schwerter zu Pflugscharen" - Aktion mit einer einwöchigen Blockade des Atomwaffenlagers in Großengstingen gegeben.

Heute stellen sich die Zusammenhänge anders dar, aber genau dazu sind Recherchen und Aufbereitung notwendig und sicherlich ist das etwas, das Michael besonders gut kann. Wenn das mit zündenden Ideen kombiniert wird – siehe offener Brief in Sachen Patenschaft – dann kann sich eine besondere Wirkung entfalten, weit über die Region hinaus.

Als *Lebenshaus*-Verein liegt es uns sehr am Herzen, Michael die Möglichkeit zu geben, Gestaltungsspielräume zu erweitern und Akzente zu setzen, an globalen Zusammenhängen anzuknüpfen und das in regionale und lokale Zusammenhänge zu „übersetzen".

Aber wir wollen und müssen auch realistisch bleiben. Mit einer Teilzeit-Anstellung wird es keine Wunder geben! Doch Akzente zu setzen, ist realistisch und das ist es, womit wir Hoffnung verbinden. Die Basis der Friedensarbeit aber ist ganz wesentlich das „Alltagsgeschäft":

- die Empfänger des Newsletters mit wenig bekannten, aber wichtigen Nachrichten versorgen;
- damit Aktivisten und Betroffene zu Wort kommen lassen, über Aktionen berichten, Anregungen und Hinweise auf neue, kreative Ideen geben;
- die Rundbriefe mit neuen und vertiefenden Artikeln gehaltvoll gestalten;
- die Website des *Lebenshauses* zu einer nachgefragten Informationsplattform ausbauen (alleine schon das Archiv ist für viele eine wertvolle Informationsquelle);
- und so quasi nebenbei die allgemeine Geschäftsführung des *Lebenshaus*-Vereins zu bewältigen.

All das hat Michael Schmid über Jahre hinweg in seiner Funktion als „geringfügig beschäftigter" Geschäftsführer – sprich ehrenamtlich – geleistet, also neben seiner Beschäftigung mit 72,5% als Pädagoge in einer Wohngruppe für Menschen mit Behinderungen. Das bedeutet, dass die zeitlichen Möglichkeiten und auch die Energie für sein Engagement einfach begrenzt sind. Akzente setzen braucht aber mehr!

Michael erledigt diese Art von Friedensarbeit zwar professionell, aber vom Umfang her ist das so nicht mehr nebenher leistbar. Wir meinen, es ist an der Zeit, Michael beim Verein *Lebenshaus* anzustellen, so dass er seine derzeitige Erwerbsarbeit mindestens auf 50% reduzieren kann.

Und als Gemeinschaft wollen wir damit auch ein Stück *Lebenshaus*-Idee realisieren, dass nämlich „*Freunde für die Arbeit an bestimmten Aufgaben, die der Gemeinschaft wichtig sind und die ehrenamtlich allein nicht geleistet werden können, `freigestellt´ werden. Die Kosten für ihren Lebensunterhalt würden ganz oder teilweise von der Gemeinschaft getragen, d.h. aus dem Solidarfonds finanziert.*" (Willi Haller: Ohne Macht und Mandat, Wuppertal, 1992).

Wie stellen wir uns die Umsetzung des Projektes konkret vor?

Ein kleiner Grundstein ist schon vor einigen Jahren gelegt worden, indem wir dank der Unterstützung vieler Freunde und Förderer für Katrin und Michael jeweils eine „geringfügige Beschäftigung" (Minijobs) finanzieren können, die

inzwischen jeweils auf 400 Euro angewachsen sind. Für den Verein als Arbeitgeber sind das jeweils 523 Euro brutto.

Im nächsten Schritt wollen wir mit diesem Projekt Michael (zunächst) eine 30% Anstellung ermöglichen. Dann kann er seine bisherige Stelle von aktuell 72,5 % auf 50 % reduzieren. Sein Einkommen wäre damit um netto 500 Euro geringer. Um das auszugleichen und um Michael diese 500 Euro netto vom Verein als Arbeitgeber zu ersetzen, müssen wir **zusätzlich rund 850 Euro brutto** aufbringen. Die bisherige, „geringfügige Beschäftigung" würde in den Anstellungsumfang mit eingerechnet werden, so dass dann vom Verein insgesamt rund 1.350 bis 1.400 Euro aufzubringen wären.

Schön wäre, es gäbe heute schon ein *bedingungsloses Grundeinkommen!* Bis das aber soweit ist, gilt: selbst die besten, visionären Ideen beginnen mit dem ersten Schritt. So haben wir im Vorgriff auf diese visionäre Idee für Michael einen **Solidarfonds „Grundeinkommen Friedensarbeit"** eingerichtet, und die ersten Zusagen für einen regelmäßigen Beitrag liegen auch schon vor. Das ist äußerst erfreulich, aber wir wollen erst dann mit der Anstellung starten, wenn für alle Beteiligten sicher erkennbar ist, dass **die benötigten Mittel in Höhe von insgesamt rund 1.350 – 1.400 Euro monatlich** auch tatsächlich aufgebracht werden können. Um mit dem Projekt starten zu können, braucht es also noch eine Reihe weiterer Zusagen.



Michael Schmid als Redner bei einer Mahnwache gegen Atomkraft in Gammertingen. Foto: Katrin Warnatzsch

Dafür bitten wir um Deine und Ihre Unterstützung und um längerfristige monatliche, zweckgebundene Spendenzusagen. Wenn sich, um ein Beispiel zu geben, 2 Menschen mit monatlich 100 Euro, 6 Menschen mit 50 Euro, 15 Menschen mit 20 Euro und 20 Menschen mit 10 Euro beteiligen würden, dann könnten wir das Projekt umsetzen. Natürlich wären auch einmalige, größere Beiträge äußerst hilfreich und könnten mehrere Monate Anstellung finanzieren.

Damit wir weiter planen können, bitten wir um eine Mitteilung, ob und in welcher Höhe Sie sich / Du Dich an dem Solidarfonds beteiligen möchten. Einfach formlos per E-Mail oder mit dem beiliegenden Rücksendezettel.

Die Entscheidung,
die wir in dieser komplizierten Situation treffen,
wird unser künftiges Leben bestimmen.
Wenn wir nur die Schwierigkeiten sehen,
wird das unsere Fähigkeit zur Gegenwehr zerstören.
Wenn wir uns aber an die vielen historischen Begebenheiten
und Orte erinnern, bei und an denen sich Menschen
unerschrocken zur Wehr gesetzt haben,
ermutigt uns das zum Handeln und
eröffnet uns zumindest die Möglichkeit,
diese taumelnde Welt in eine andere Bahn zu lenken.
Wenn wir jetzt im Kleinen zu handeln beginnen,
müssen wir nicht auf eine großartige utopische Zukunft warten.
Die Zukunft ist eine unendliche Folge
von gegenwärtigen Zuständen,
und wenn wir trotz der schlimmen Zustände,
die jetzt herrschen, schon so zu leben beginnen,
wie Menschen unserer Meinung nach leben sollten,
ist das schon ein wunderbarer Sieg.

Howard Zinn (1922-2011; amerikanischer Historiker, Autor, Friedensaktivist)



Eindrücke aus der Arbeit mit Menschen, die uns brauchen

Von Katrin Warnatzsch, Sozialer Friedensdienst im Lebenshaus

In Zeiten der öffentlichen Diskussion über rechtsextreme Morde und andere Gewalttaten gewinnt der Aspekt für uns besondere Bedeutung, Menschen nicht nach ihrer Herkunft zu beurteilen, wenn sie an das *Lebenshaus* mit der Bitte um Unterstützung herantreten. Nach wie vor sehe ich Menschen, die neben ihren aktuellen Problemen auch einen Migrationshintergrund haben, als zusätzlich benachteiligt. Mit unserer Zuwendung versuchen wir, diesen Menschen ein wenig Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; gleichzeitig wollen wir die Hoffnung auf eine menschenwürdige Gesellschaft vermitteln, die wir für alle wünschenswert und schon im Hier und Jetzt für umsetzbar halten.

Himmel buchstabieren, ins Detail gehen, ein Bild malen von Nähe.

Freundlichkeit und Nähe wärmen uns, wenn ich zweimal in der Woche an kalten Morgen in der Frühe losgehe, um mit einer Frau zusammen das Frösteln zu vertreiben. Während wir den Wind, den Nebel oder die klirrende Luft auf unseren Gesichtern spüren, die Hände in die Taschen graben und unsre Schritte einen Rhythmus finden, fängt sie an zu sprechen. Die Einzelheiten ihrer Themen entfalten sich während des Wanderns, werden anschaulich für mich. Vielleicht gesetzte Bewertungen lösen sich langsam, weichen einem freundlicheren Licht. Tiefsitzende Ängste, Zeiten von Panikattacken und starker Verunsicherung, sie fallen nicht ins Gewicht, wenn wir uns bewegen, die Landschaft auf uns wirken kann, unvermutet sich neue Wege zeigen, die eine schon kennt. Unbekanntes Gelände erfahren, während man sich einer anderen anvertraut, ohne Angst. Und dann, ankommen im Vertrauten, zurückschauen auf einen Weg, den wir zusammen gegangen sind. Und sogar neue Gedanken entwickelt zu haben, zu spielen, was wäre denn, wenn.....? Würde sich die Atmosphäre nicht ändern, wenn so mancher Satz in den Beziehungen mit „Ich wünsche mir.....“ anfangen würde? Wird nicht manch Verworrenes klarer, wenn man sortiert nach Wichtigkeit? Kann sein, dass sie eine eigene Strategie entwirft, um ihre Bedürfnisse und Fragen nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen. Und beim nächsten Treffen schon gibt es kleine Veränderungen, Erfolge, Freude zu berichten. Die Angst, Feind der Lebensfreude, hat sich verzogen.

Die Frau stammt ursprünglich aus Kosovo.

> Der Himmel bist du
> für alle offen
> die fragen und hoffen
> die wandern und warten
> der Himmel bist du

Dieser sowie die weiteren eingeschobenen Verse entstammen einer Meditation von Christa Peikert-Flaspöhler aus ihrem Buch „Höre, göttliche Freundin“

Mitten im Leben und doch so allein

Eine Frau hat sich nach einem verzweifelten Suizidversuch von ihrem alkoholabhängigen Ehemann getrennt. Eingebunden in das Nachsorgenetz für depressiv Erkrankte, war sie offen für das Annehmen von Hilfe und Rat. Es war ihr klar geworden, dass sie nach den Ursachen suchen möchte, warum sie so lange und zum wiederholten Male in einer Beziehung ausgeharrt hatte, die von der Abhängigkeitserkrankung und ihren Folgewirkungen des Partners geprägt war. Offen und doch sehr verunsichert, dankbar dafür, am Leben geblieben zu sein und doch auch schuldbewusst ihren Kindern gegenüber. Da ist noch Zerrissenheit: hat das Weiterleben wirklich Sinn? Wer hat denn noch Interesse an mir? Warum fühlt sich alles so leer an?

Die leeren Augen nicht mehr nur auf den Anderen richten. Anfangen, Zeiten der Einkehr zu halten. Hineinhören in das Eigene. Ja, manchmal ist da Stille. Manchmal ist da ein Geruch, eine Melodie, ein Geschmack, das Aufblitzen einer Stimmung. Farben und Strukturen, das Weiche und das Feste. Der Himmel? Der Himmel in mir?

Die Frau hat langjährigen Kontakt zum *Lebenshaus* und ist Deutsche.

> Der Himmel bist du
> für alle Lebendigen
> die fallen und bluten
> die schreien und sterben
> der Himmel bist du

Wie stark frau ist

Eine junge Frau, die drei Kinder geboren hat, jetzt sind sie 9, 7 und sechs Jahre alt. Der Vater der Kinder hat sie ohne Erklärung verlassen, mit einer anderen Frau weitere Kinder. Er kommt seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht nach. Nun ist diese Familie auch wieder von den Behörden und Unterhaltsvorschusszahlungen abhängig, Geld zum Leben ist solange kaum vorhanden, bis alle Anträge ins Rollen kommen. Wie stark wird frau sein? Wird sie Arbeit finden, um wenigstens für sich selbst sorgen zu können?

> Der Himmel bist du
> für alle Freiheit
> die atmen und hoffen
> die klagen und singen
> der Himmel bist du

Voller Sorge begleite ich die Frau aus der Ferne. Trotz des Eingebundenseins in ein psychosoziales Netz ist sie ganz kaputt, wie sie selbst sagt. Hoffnung ist ein Fremdwort geworden. Auch hier ist ein Migrationshintergrund erschwerend und der wiederkehrende Stress einer Aufenthaltsverlängerung ein zusätzliches Handicap.

Verirrt und einsam

Auf der Flucht vor der Angst, verfolgt und drangsaliert zu werden, klopfen Menschen bei uns an, die sich Linderung ihrer Schmerzen und Plagen versprechen. Für sie scheint die Welt voller unkontrollierbarer Angreifer und Plagegeister zu sein. Ungeschützt fühlen sie sich dem ausgeliefert, was unser menschliches Konsumverhalten so alles in die Welt setzt: Strahlen von Handys, Wellen von Strom, irritierende Geräusche, nervende Nachbarn und Tiere. Die Suche nach dem heilenden Ort, einer Ruheinsel, einem „Bleibe-so-wie-du-bist-Zustand", das Sehnen nach der heilen Welt, es ist in uns allen vorhanden. Aber das Getriebensein von dieser Sehnsucht kann in schmerzhafte Abhängigkeit führen, wenn es zum Mittelpunkt des Lebens wird.

> Der Himmel bist du
> für alle Asyl
> die fliehen und hungern
> die scheitern und irren
> der Himmel bist du.

Aufhören zu fliehen, stattdessen nüchtern werden. Sich anschauen, was wirklich an Entscheidungen ansteht, schon lange: das könnte eine Er-Lösung sein. Nicht mehr hungern, sondern sich selbst ernähren, in dem Ernstnehmen der eigenen Bedürfnisse und begrenzter Belastbarkeit, das könnte zu einer Oase der Zufriedenheit werden. Ein Gespräch hier im *Lebenshaus*, aber dann: das Eigene tun. Auch hier ist nicht die heile Welt, vielleicht bestenfalls eine heilende, wenn man das so sehen will. Unsre Sinne, sehen, riechen, hören, schmecken, fühlen, können heilende Aufgaben haben. Doch verändern sie uns, wenn wir wahr-nehmen, was sie uns Neues erklären. „Bleibe so wie du bist" oder „Heute schau: wie lebendig ist die Welt, wie sie sich bewegt...". Staunend sich einreihen in den Lebenstanz, um Nähe zu erfahren.

Die Frau ist Deutsche und hat vor einiger Zeit erstmals Kontakt zu uns aufgenommen.

Katrin, ich bin Hatice!

„Hallo, wer spricht da? Nein, eine Hatice aus Gammertingen, nein, das kann nicht sein...". So erstaunt war ich am Telefon, als mich eine unbekannte Stimme vertrauensvoll beim Vornamen nannte. Aber so langsam kamen wir einander näher: Ja, inzwischen ist sie 16 Jahre alt, damals war sie fünf. Die **kurdische Familie** lebte unter schwierigsten Bedingungen in einer Asylunterkunft unsres Landkreises, einige hundert Meter entfernt vom *Lebenshaus*. Damals knüpfte ich zusammen mit einigen anderen Engagierten aus Gammertingen enge Kontakte zu vielen Asylsuchenden aus verschiedenen Ländern, die zum Teil über Jahre bestanden. Hatice ist die Schwester von Murat, der im Alter von drei Jahren an einer lebensgefährdenden neurologischen Krankheit erkrankte - sein Überleben war über ein Jahr lang in der Schwebe. Die Krankheit führte zu schwerster Mehrfachbehinderung, irreparable Schäden und ihre Folgen für die Familie waren aufzufangen. Über ein Jahr lang lebte die vierköpfige Familie bei uns im *Lebenshaus*; wir organisierten die Versorgung und Pflege von Murat und kamen dabei mit vielen anderen Institutionen und Menschen in Kontakt, die sich ebenso um das Leben von Murat bemühten. Besonders betroffen gemacht hat mich immer die Rolle von Hatice, die als ältere, gesunde Schwester zurückstecken musste und viel zu früh in der übergroßen Sorge um ihren Bruder ihre Kindheit verlor. Nun spricht sie akzentfreies Deutsch, hat eine erwachsene Stimme und gibt den Hörer ihrer Mutter. Eine Babystimme kreischt. Ja: das ist die kleine Schwester von Hatice und Murat, vier Monate alt, ein gesundes Mädchen, sagt mir Ayse überglücklich. Und Murat lacht immer, wenn das Baby schreit, sagt sie.

Ich freue mich sehr über diesen Anruf, weil nach dem Wegzug der Familie an die Schweizer Grenze der Kontakt abgebrochen war.

> Irgendwo fern der Erde nicht
> näher, viel näher, als Sternenlicht
> näher, viel näher als die Augen sehen.
> Der Himmel bist du.

„Es hat geklappt, ich habe einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland bekommen!"

Seit Juli diesen Jahres unterstützten wir in besonderer Weise eine junge Familie, die für die Voraussetzungen des gesicherten Aufenthaltes eine Reise nach Kosovo unternehmen musste. Damit verbunden waren unendlich komplizierte Bedingungen, z.B. ihre Heirat dort, die Reise mit zwei winzigen Babies. Nachdem nun alle Voraussetzungen erbracht worden waren und auch die letzten bürokratischen Hürden mit unendlicher Geduld, Zeit und Kraftaufwand genommen wurden, ist es nun geschafft. In Behörden war S. letztendlich auf den guten Willen und den Vollzug der Arbeit von MitarbeiterInnen angewiesen und ist vor Ungeduld fast verzweifelt. Bedanken möchte ich mich bei den Menschen, die nach

meinem speziellen Hilferuf für diese Familie extra gespendet haben. Eine große Last ist von den Schultern gefallen. Nun ist das alltägliche Leben zu organisieren, wie man sich denken kann, geht es auch weiterhin um das Lebensnotwendige. Stolz erklärt sie mir, dass sie bereits eine Einbürgerung beantragt hat.

Die Familie gehört der in Europa verfolgten Minderheit der Roma-Ashkali an.

Allen UnterstützerInnen und SpenderInnen, die in diesem Jahr in vielfältiger Weise dazu beigetragen haben, dass sowohl ich meine Arbeit als Mini-Jobberin für das *Lebenshaus* machen konnte, als auch Zuwendung, materielle Hilfe und Zeit an bedürftige Menschen unter uns weitergeben konnte, sage ich von Herzen Dankeschön!

Um zu Weihnachten einigen dieser Menschen ein Päckchen schenken zu können, freue ich mich, wenn es UnterstützerInnen gibt, die uns tägliche Bedarfsartikel wie z.B. Hygienebedarf (Höschenwindeln Gr. 3, 4 und 5), haltbare Lebensmittel, robustes sinnvolles Spielzeug (Lego-Duplo, Bauklötze, Legespiele u.a. (Alter: 1-2, 4, 6 und 10 Jahre Jungen; 4 Mon., 8, 13 und 16 Jahre Mädchen, 2 junge erwachsene Frauen),Taschengeld für Fahrtkosten usw. zukommen lassen, das ich dann verteilen, bzw. verschicken kann. Da ich kein „Lager" anlegen kann, nehmen Sie bitte ggf. zuvor mit mir Kontakt auf. Vielen Dank.

Überraschende Standortschließung: Fast niemand hat mit dem Aus der Graf-Stauffenberg-Kaserne in Sigmaringen gerechnet

Von Michael Schmid

Da waren sie sich doch so sicher gewesen, dass ausgerechnet die Graf-Stauffenberg-Kaserne in Sigmaringen erhalten bleiben würde, die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker aus unserer Region rund um Sigmaringen. Als Argumente hatte man die strukturschwache Region, das gute Verhältnis zwischen Bürgerschaft bzw. Politik und Soldaten sowie die Tradition des Gedenkens an Graf Stauffenberg für den Erhalt des Standorts angeführt.

Und dann das: Als Bundesverteidigungsminister de Maizière Ende Oktober seine Liste mit den zu schließenden Standorten bekannt machte, war auch die Stauffenberg-Kaserne in Sigmaringen dabei. Zumindest der veröffentlichten Meinung lässt sich entnehmen, dass diese Nachricht in unserem Raum überwiegend große Bestürzung ausgelöst hat.

„Mehr Gefühl, Herr Minister!"

Unter dieser Überschrift schreibt die verantwortliche Redakteurin eines Lokalblatts in einem trotzig-beleidigten Kurzkommentar:



„Einspruch, Herr Verteidigungsminister! Sie haben die Soldaten aus dem Landkreis Sigmaringen gefegt. In ihrer blasierten Art haben sie geäußert: Die Standorte sind für die Soldaten da, nicht die Soldaten für die Standorte. Falsch! Die Soldaten freuen sich nach ihrem Dienst an Volk und Vaterland auf ihr Zuhause in einem friedlichen Umfeld. Und das haben wir ihnen hier geboten." (Jutta Wachter, in: INFO Der Südfinder Sigmaringen/ Bad Saulgau, 2.11.2011)

Ein anderer Kommentator hat sich den CDU-Bundestagsabgeordneten unseres Wahlkreises, Thomas Bareiß, als großen Verlierer ausgeguckt. Bareiß habe Sigmaringen Hoffnung auf den Standorterhalt gemacht. Nun müsse er *„die Entscheidung als persönliche Niederlage verbuchen. Trotz der Aufstockung in Stetten gehen in seinem Wahlkreis 2350 Dienstposten verloren. Jede vierte Stelle in Baden-Württemberg ist in seinem Gebiet gestrichen worden. Bareiß muss sich fragen, wie groß seine Hausmacht in Berlin ist."* Und die CDU müsse sich fragen, *„wie sie mit ihrer in diesem Landstrich treuen Wählerschaft umgeht."* (Michael Hescheler, in: Schwäbische Zeitung Sigmaringen vom 26.10.2011) Also da hat die CDU in unserer Region seit Jahrzehnten immer satte Wahlergebnisse eingefahren und nun zum Dank das! Unbegreiflich, dass sich ein CDU-Verteidigungsminister so etwas Undankbares getraut, scheint der Kommentator zu meinen.

Schon diese wenigen Zeilen zeigen die große Enttäuschung über die Entscheidung de Maizières zur Schließung des Standorts Sigmaringen. Aber während die einen ihre Enttäuschung in Schuldzuweisungen einmünden lassen, macht ein anderer den überzeugten Standortanhängern Hoffnung, die Entscheidung könne wieder rückgängig gemacht werden. Ganz im Jargon eines Soldaten äußert der General a.D. Wolfgang Kopp den Gedanken, eine Schlacht sei zwar verloren, aber nicht der Krieg. Sigmaringen müsse sich ein Beispiel an

Stetten am kalten Markt nehmen, das jetzt eine Aufstockung der Truppenstärke erreicht habe und weiterkämpfen. „*2013 ist Wahl, der Wind kann sich schnell drehen*“, sagt Kopp. (Schwäbische Zeitung, 26.10.2011)

Der Ex-General verliert allerdings aus den Augen, dass es hier um eine bloße Standortschließung geht und um keinen Krieg. Und auch die anderen Anhänger des Sigmaringer Standorts können die Borniertheit ihres Blickfeldes nicht verbergen. Denn es war ja klar, dass mit der sogenannten Bundeswehrreform unter anderem eine Reduzierung der Standorte verbunden sein würde. Deshalb wären die Politiker der jeweiligen Regionen klug beraten gewesen, sich frühzeitig nach zivilen Alternativen umzuschauen. Das ist offensichtlich nur in den seltensten Fällen geschehen. Wer das aber versäumt und die Chance auf Entmilitarisierung und Standortkonversion ungenutzt hat verstreichen lassen, wer stattdessen weiter voll aufs Militär gesetzt hat, steht nun mit leeren Händen da. So etwa Sigmaringen, wo es offensichtlich nicht einmal ansatzweise so etwas wie einen Plan B gibt. Geschweige denn, dass eine Standortschließung gar aktiv zugunsten einer Umwandlung in ein ziviles Projekt vorangetrieben worden wäre, wie etwa in Immendingen an der Donau.

Der Kommentator der konservativen *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* beschreibt diese Haltung und was daraus folgt, recht treffend. Es seien nun „*die Regionalpolitiker zwischen Sigmaringen und Alt-Duvenstedt, die das Geheule als drohende Hintergrundmusik für ihre Kompensationsforderungen einsetzen. Sie haben sich immer schon herzlich wenig für die Fortschritte der Weltfriedensordnung interessiert, verwechselten die Bundeswehr stattdessen mit einer Art Beschäftigungsgesellschaft für strukturschwache Regionen mit beträchtlicher Hebelwirkung: Denn der Steuerzahler ernährt nicht nur die Soldaten, sondern indirekt auch Bäcker, Metzger, Kneipen und viele andere Gewerke in der Umgebung des Militärstandortes.*“ (Rainer Hank, FAZ vom 30.10.2011)

Bundeswehr: Keine Einrichtung zur regionalen Wirtschaftsförderung sondern zur Durchsetzung „nationaler Interessen“

Mit dem von de Maizière vorgestellten Stationierungskonzept wird nur die seit langem betriebene Umwandlung der Truppe weg von einer Verteidigungsarmee hin zu einer Interventionstruppe fortgeführt, die potentiell jederzeit und an jedem Ort dieser Erde einsetzbar ist. Die Zahl der Soldaten, die für einen längeren Auslandseinsatz zur Verfügung stehen, soll von bisher etwa 7.000 auf mehr als 10.000 erhöht werden. Dafür werden insgesamt deutlich weniger Soldaten und folglich auch weniger Standorte benötigt.

Eingesetzt wird die Bundeswehr, wenn „nationale Interessen“ das gebieten. Es ist also weder der „Katastrophenschutz“, den etwa die Ministerpräsidenten Brandenburgs und Sachsen-Anhalts anführten, um bestimmte Standorte zu erhalten, noch die Überlegung, strukturschwache Regionen zu „schonen“, wie es vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann gefordert wurde. Nein, **die Zielvorgabe, die hinter den Standortschließungen steht, lautet: die Bundeswehr für Auslandseinsätze schlagkräftiger zu machen. Die Truppe soll einsatzfähig sein, wenn die „nationalen Interessen“ es gebieten. Diese „nationale Interessen“ wiederum sind ganz maßgeblich wirtschaftlicher Art.**

Laut den neuen **Verteidigungspolitischen Richtlinien** vom Mai 2011 gehört zu den deutschen Interessen, „*einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.*“ Die vorgegebene Richtung führt uns also immer tiefer hinein in die neue Weltkriegsordnung, mit der das weltweite Ungleichgewicht zum Vorteil der reichen Länder aufrecht erhalten werden soll. Für solche Zwecke werden die Transportkapazitäten und die „Verlegefähigkeit“ der Truppen sowie die Bewaffnung und das Training zur effektiveren Niederschlagung von Aufständen oder zu deren Unterstützung ausgebaut. Standorte werden also geschlossen, weil sie für eine weltweit agierende Interventionsarmee nicht erforderlich bzw. im Gegenteil, dafür gar hinderlich sind.



Weil sie die Bundeswehr als wichtigsten und unverzichtbaren Wirtschaftsfaktor des Landkreises Sigmaringen ansehen, haben sich die Politiker unserer Region um solche Hintergründe und Zusammenhänge wenig bis gar nicht geschert. Im Wettstreit mit anderen Standortregionen wurde gar betont: „*Die Bundeswehr ist im Landkreis Sigmaringen seit über 50 Jahren tief in der Bevölkerung verwurzelt. Der Landkreis ist Soldatenheimat und die Menschen stehen hinter der Bundeswehr und ihrem Auftrag – gerade auch in Zeiten von Auslandseinsätzen, die anderswo kritisch gesehen werden.*“ So der Kreistag des Landkreises Sigmaringen in einer einstimmig über alle Parteigrenzen hinweg verabschiedeten Resolution im vergangenen Jahr (siehe ausführlich hierzu Rundbrief Nr. 67, Dezember 2010).

„Patenschaften“ erweisen sich als Fehlschlag

„*Das enge Verhältnis zwischen Politik und Bundeswehr kommt in den lebendigen Patenschaften zum Ausdruck*“, betonte der Sigmaringer Kreistag ebenfalls. In den vergangenen Jahren waren verschiedene Gemeinden des Landkreises sogenannte „Patenschaften“ mit Einheiten der Bundeswehr aus Sigmaringen eingegangen, so auch die Stadt Gammertingen.

Natürlich stellten wir mit unserer Kritik an der „Bundeswehrpatenschaft“ der Stadt Gammertingen einen Störfak-



tor dar. Zumal wir auch noch eine unmittelbare Unterstützung des Afghanistan-Krieges aus der Tatsache ableiteten, dass der Gammertinger Bürgermeister Jerg sich daran beteiligte, Soldaten in den Kriegseinsatz am Hindukusch zu verabschieden. Bekanntlich hat das Stadtoberhaupt von Gammertingen den Dialog mit seinen Kritikern verweigert und stattdessen deren unerbittliche Bekämpfung vorgezogen - und dabei selbst vor Kriminalisierung und nachhaltigem Einsatz für eine Hausdurchsuchung im *Lebenshaus* nicht zurückgeschreckt. Das Klima ist vergiftet. Von einem „friedlichen Umfeld", wie es in einem oben angeführten Zitat für die Soldaten reklamiert wird, kann für Kritiker der „Bundeswehrpatenschaft" jedenfalls keine Rede sein.

Ist es nicht geradezu eine Ironie der Geschichte, dass sich der Ansatz, unter anderem mittels „Patenschaften" den Bundeswehrstandort Sigmaringen zu erhalten, als völliger Fehlschlag erweist? Denn das Führungsunterstützungsbataillon 291, zu dessen 4. Kompanie die Stadt Gammertingen eine „Patenschaft" einging, wird vollständig aufgelöst. Damit geht dann folgerichtig nicht nur dieses Bündnis zu Ende. Es zeigt sich vielmehr, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn sich unsere Lokalpolitiker frühzeitig für zivile Alternativen und Standortkonversion eingesetzt hätten, wie von uns vorgeschlagen.

Ob sich Herr Bürgermeister Jerg jetzt darauf besinnt, dass endlich das Gespräch mit Kritikern der „Patenschaft" angesagt wäre? Eine Entschuldigung würde ebenfalls zu einer Entgiftung des Klimas beitragen.

Fazit

„Die Frage von Standortschließungen steht spätestens seit 1990 immer wieder auf der Tagesordnung. Deshalb hätten Politiker längst ihre Hausaufgaben machen und sich für eine Umwandlung von Standorten in zukunftsfähige zivile Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze einsetzen müssen. Auch wenn es sich aufgrund der gesamtpolitischen Entscheidungen für eine schlagkräftigere Bundeswehr nicht um Abrüstung handelt, so ist es mit Blick auf Gewaltverzicht und zivile Konfliktbearbeitung ein Jammerspiel, wie in unserer Region die Chance auf Standortkonversion erneut droht, verspielt zu werden. Es sei denn, dass der Bundesverteidigungsminister auch Standorte im Kreis Sigmaringen auf seine Streichliste nimmt. Dann wird das Erwachen groß sein aber nichts anderes übrig bleiben, als sich notgedrungen diesem Problem zu stellen. Bis dahin gilt für die verantwortlichen Politiker offensichtlich der Stoßseufzer: ‚Oh heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd andere an.'" (Michael Schmid, in: Rundbrief 67, Dezember 2010).

Obiges Zitat war das Fazit meines Rundbriefartikels vor einem Jahr, das nun eine erstaunliche Aktualität erlangt hat, nachdem der Heilige den Landkreis Sigmaringen nicht verschont hat. Und nun müssen sich die in dieser Hinsicht selbstverschuldet völlig unbeleckten Regionalpolitiker zwangsläufig mit dem Thema Konversion beschäftigen. Das ist gut so!

Über diesen regionalen Aspekt hinaus betrifft uns die Bundeswehrreform aber alle. Denn hier werden Wirtschaftskriege und völkerrechtswidrige Interventionen in fremden Ländern vorbereitet! Diese sind nicht nur moralisch nicht zu rechtfertigen, sondern verstoßen gegen unser Grundgesetz ebenso wie die Ausrichtung der Bundeswehr auf Auslandseinsätze insgesamt. „*Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf*" (Art. 87a) lautet der einschlägige Grundgesetzartikel immer noch. Wer bisher der grundgesetzkonformen Meinung war, die Bundeswehr zur „Verteidigung" zu benötigen, muss sich spätestens dann für deren Auflösung einsetzen, wenn sie für diesen Zweck nicht mehr benötigt wird. Er darf sie aber nicht in eine Angriffsarmee umwandeln oder diesen Kurs unterstützen. Jetzt spätestens müsste der Zeitpunkt gekommen sein, um das „*Frieden schaffen ohne Waffen*" aus der Friedensbewegung zu unterstützen.



Tun, was man kann

Den ersten Platz nicht begehren
Die Drohung nicht aussprechen
Den Freund nicht verraten
Den Gegner nicht verhöhnen
Den Eigennutz unterordnen
Das Trennende ausräumen
Die andere Meinung achten
Den Schlag nicht zurückgeben
Die Beleidigung zurücknehmen
Den Krieg ächten
Auf Ausgleich drängen
Den ausgebrochenen Krieg beenden
Nachteile in Kauf nehmen
Unrecht verabscheuen
Guten Rat annehmen
Tun, was man kann.

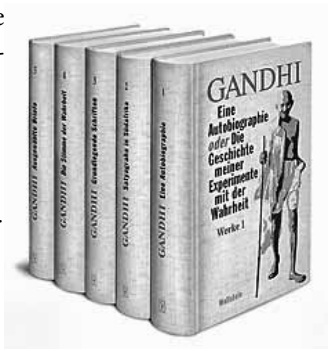
Kurtmartin Magiera, „Friede konkret"

Gandhi. Ausgewählte Werke

Eine neue, fünfbändige Werkausgabe der Schriften und Briefe Mahatma Gandhis gewährt einen guten Einblick in das Denken und Trachten des charismatischen indischen Friedens- und Freiheitspolitikers. Dass die wichtigsten Schriften Gandhis in vollständig neuer Übersetzung erscheinen konnten, ist zu wesentlichen Teilen unserem *Lebenshaus*-Mitglied Wolfgang Sternstein zu verdanken.

Mahatma Gandhi war eine der bedeutendsten und charismatischsten Gestalten des 20. Jahrhunderts. Seine gesammelten Schriften umfassen mehr als hundert Bände. Darin legt er sein Konzept des gewaltfreien Widerstands dar und äußert sich darüber hinaus zu nahezu allen Lebensfragen: vom Naturheilverfahren über Religion und asketische Lebensweise bis zur Weltpolitik.

Diese Edition bietet eine repräsentative Auswahl von Texten, die Gandhi in all seinen Facetten zeigen. Enthalten ist neben der Autobiographie der offene Brief »Die Juden«, in dem sich Gandhi mit der Judenverfolgung im nationalsozialistischen Deutschland sowie dem Zionismus und dem Palästinakonflikt auseinandersetzt. So treten sowohl die historische Persönlichkeit als auch der Mensch mit seinen Widersprüchen und Unzulänglichkeiten zutage. Die zusammengestellten Schriften eröffnen einen Blick jenseits des Mythos.



Der überwiegende Teil der Texte liegt erstmals in deutscher Übersetzung vor.

Inhalt:

- Bd. 1: Eine Autobiographie oder Die Geschichte meiner Experimente mit der Wahrheit
- Bd. 2: Satyagraha in Südafrika
- Bd. 3: Grundlegende Schriften
- Bd. 4: Die Stimme der Wahrheit
- Bd. 5: Ausgewählte Briefe

„Gandhi. Ausgewählte Werke". Hg, von Shriman Narayan, bearbeitet von Wolfgang Sternstein. Mit einem Nachwort von Gita Dharampal-Frick. Aus dem Englischen übersetzt von Brigitte Luchesi und Wolfgang Sternstein, . Wallstein Verlag, Göttingen 2011, 5 Bände, 2098 Seiten. Gebunden, Leinen, Schuber. 59,90 €. ISBN: 978-3-8353-0651-6

Neu erschienen: weltverbunden leben. Jahresbegleiter 2012. Reich-Gottes-Impulse für jeden Tag

Die Jahresbegleiter, zusammengestellt von Claus Petersen im Namen der „Ökumenischen Initiative Reich Gottes - jetzt!", sind eine fortlaufende Reihe. Der Jahresbegleiter 2012 möchte - genauso wie seine Vorgänger - Tag für Tag an die Gegenwart des Reiches Gottes erinnern. Die Texte stammen aus der Bibel und aus Schriften anderer Religionen sowie von Einzelautoren aus verschiedenen Ländern, Kulturen und politischen Zusammenhängen. Basis sind die Jesusworte vom Anbruch des Reiches Gottes. Inhaltlich befassen sich die Texte mit den Reich-Gottes-Themen Gerechtigkeit, Frieden, Gewaltlosigkeit, Bewahrung der Erde und Fragen des Lebensstils. Manche Texte beziehen sich auf wichtige Ereignisse und Personen in der Geschichte des Reiches Gottes. Hinweise darauf sind in das Tageskalendarium eingefügt. Der Jahresbegleiter eignet sich auch als persönliches Geschenk sowie als Fundgrube einprägsamer Zitate.

Der Jahresbegleiter ist im Fenestra-Verlag Wiesbaden-Berlin erschienen (ISBN 978-3-9813498-3-2). Er kann zum Preis 10,85 €, incl. MwSt und Versand, bei Dr. Claus Petersen (Herschelstr. 31, 90443 Nürnberg, Tel. 0911-3505165, E-Mail: clauspetersen@gmx.net) bestellt oder über den Buchhandel bezogen werden.

Die „Ökumenische Initiative Reich Gottes - jetzt!" im Internet: www.reich-gottes-jetzt.de

> Freude und Entwicklung entstehen,
> wenn wir unseren tiefsten Impulsen folgen,
> wie lächerlich sie auch
> für manche erscheinen mögen
> oder wie gefährlich oder sogar,
> wenn die direkte Folge eine Niederlage ist.
>
> *Abraham J. Muste*
> *(1885 – 1967; amerikanischer Pazifist)*

Berliner Erklärung zur Banken- und Finanzkrise

Seit drei Jahren arbeiten Expertinnen und Experten im Rahmen der Akademie Solidarische Ökonomie an Entwürfen über eine Wirtschaftsweise jenseits des Kapitalismus. Auf einer Tagung in Berlin wurden sie nun vorgestellt. Die 140 Teilnehmer fassten ihre Forderungen in einer „Berlinger Erklärung zur Banken- und Finanzkrise" zusammen, welche die Menschen auffordert, angesichts der Neuauflage der Finanzkrise Alternativen zum Kapitalismus einzufordern. Wir veröffentlichen die Erklärung geringfügig gekürzt:

„Innerhalb von drei Jahren wiederholt sich eine Banken- und Finanzkrise, die auch die reichen Industriestaaten in einen drohenden Staatsbankrott treibt und die effektive Realwirtschaft empfindlich gefährdet. Menschen in aller Welt stehen auf im Protest gegen eine Finanzwirtschaft, die den Menschen nicht dient, sondern sie beraubt. Die Politiker versprechen zum zweiten Mal, der ungezügelten Finanzwirtschaft Fesseln anzulegen.

Wir rufen alle Menschen auf: Lasst Euch nicht ein zweites Mal betrügen!

Es geht nicht nur um eine unzureichende Regulierung des Bankenwesens. Es geht um eine tiefgreifende Fehlentwicklung unserer Wirtschaftsweise. Darum richtet sich der Protest der Menschen in aller Welt nicht nur gegen ein irrsinnig gewordenes Finanzsystem. Er richtet sich ebenso gegen die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen, gegen Arbeitslosigkeit und prekäre Einkommensverhältnisse, gegen den Irrsinn einer Überproduktion von Nahrungsmitteln und weltweiten Hungerkatastrophen, gegen die erkannten aber nicht ausreichend bekämpften Umweltzerstörungen, gegen Rüstungsindustrie und Kriege, die „befrieden" sollen, aber neue Kriege und Terror provozieren.

Deutlich ist: Der globalisierte Kapitalismus ist zu einer selbstmörderischen Entgleisung der menschlichen Kultur geworden.

Der Krebsschaden unserer Wirtschaftsweise ist die Herrschaft kapitalistischer Prinzipien und Ideologien: nicht die Bereitstellung sinnvoller Güter und Dienstleistungen und menschenwürdiger Arbeitsplätze ist hier Ziel des Wirtschaftens, sondern die Maximierung der Rendite für einige Kapitaleigner. Damit wird der Sinn des Wirtschaftens auf den Kopf gestellt und pervertiert.

Wir widersprechen der Behauptung, dass es zur kapitalistischen Marktwirtschaft keine Alternative gäbe, und dass der Mensch ein nur auf materielle Bereichung, Egoismus, Konkurrenz und Aggression hin angelegtes Wesen sei. Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch auch ein zur Kooperation, gegenseitiger Wertschätzung und Solidarität begabtes Wesen ist. Und wir sind mit vielen Menschen davon überzeugt, dass eine Wirtschaft möglich ist, in der Menschenwürde, Kooperation, Solidarität und ökologische Zukunftsfähigkeit verwirklicht werden können.

Wir suchen und fordern den Umbau unserer Wirtschaftsweise,

- in der das **Finanzsystem** vom spekulativen Geldhandel befreit, dem Banken- und Kreditwesen die abschöpfende Funktion genommen und zu seiner gemeinwohlorientierten und dienstleistenden Funktion zurückgeführt wird;
- in der **Eigentum** nicht mehr zur leistungslosen Abschöpfung fremder Leistung genutzt werden kann und **Grund und Boden** und **Öffentliche Güter** wieder in Gemeineigentum übergehen;
- in der die **Unternehmen** nach ökologischen, sozialen und gemeinwohlorientierten Kriterien und in Mitbestimmung aller Beteiligten geführt werden;
- in der ein leistungsgerechtes und solidarisches **Lohnsystem** realisiert, überhöhte Löhne ausgeschlossen und Mindestlöhne gewährt werden;
- in der eine **Arbeitskultur** entwickelt wird, in der jeder Arbeitsfähige einträgliche Erwerbsarbeit findet und Familienarbeit und gesellschaftliche Tätigkeit gleichwertigen Raum finden;
- in der ein **solidarisches Steuer- und Sozialsystem** realisiert wird, in dem von **allen** Einkünften solidarische Beiträge erhoben werden und eine soziale Grundsicherung für jeden gegeben ist;
- in der eine **ökologische Kreislaufwirtschaft** mit hoher Effizienz und größtmöglicher Ressourceneinsparungen realisiert wird;
- in der die räuberische **Globalisierung** in eine ökosoziale verwandelt wird, in der weltweit faire Handelsbedingungen, sozialökologische Mindeststandards und die Stärkung der regionalen Wirtschaft oberste Prinzipien werden.

Wir rufen alle Menschen guten Willens auf, sich für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien und für das Gewinnen einer lebensdienlichen, gemeinwohlorientierten, solidarischen Wirtschaftsweise einzusetzen.

Wir rufen die **Bürgerinnen und Bürger** auf, sich am politischen Kampf für eine solidarische Gesellschaft und reale Beteiligungsdemokratie zu beteiligen und in eigener Bewusstseinsbildung, in Diskussionen mit Nachbarn, Kollegen und Freunden dazu beizutragen."

Erste Leitvorstellungen, Bausteine und Modelle einer postkapitalistischen Ökonomie sind in der Akademie Solidarische Ökonomie erarbeitet worden und werden dort ständig weiter entwickelt.

Mehr unter: www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Kein Frieden mit Rüstungsexporten:

Margot Käßmann übernimmt Schirmherrschaft der Rüstungsexport-Kampagne

Prof. Margot Käßmann ist die neue Schirmherrin der bundesweiten Kampagne gegen Rüstungsexporte „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel." Seit dem Start der Kampagne im Mai 2011 ist das Bündnis auf mehr als hundert Organisationen gewachsen.



"Für mich wäre der geplante Export von 200 Kampfpanzern des Typs Leopard 2 nach Saudi-Arabien ein fatales Signal gegenüber den Freiheitsbewegungen in der arabischen Welt. Die Lieferung von Waffen und Ausrüstung zur Kriegsführung sowie zur innerstaatlichen Unterdrückung an diktatorische Regime ist nach meiner Überzeugung ein permanenter Skandal deutscher Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik, das sehen auch die beiden christlichen Kirchen mit ihrem GKKE-Bericht so. Um unser Ziel des grundsätzlichen Verbots des Waffenhandels zu erreichen, brauchen wir das breite gesellschaftliche Bündnis dieser Kampagne", begründet Margot Käßmann ihr Eintreten für die Kampagne. „Mir ist unbegreiflich, dass Deutschland Waffen in Staaten liefert, in denen die Menschenrechtslage schlecht ist. Das widerspricht dem Eintreten für die Menschenrechte. Wie sollen wir das denjenigen vermitteln, die sich im eigenen Land für Freiheit und Menschenrechte engagieren?", betont Käßmann.

„Diese Kampagne gegen Rüstungsexport spiegelt den gesellschaftlichen Konsens wieder: Die Menschen wollen nicht, dass Deutschland die Welt aufrüstet! Die Bundesregierung handelt mit ihrer exportorientierten Genehmigungspraxis diametral gegen den Willen des Volkes und das machen wir publik, bis die Parteien sich im Bundestagswahlkampf 2013 verpflichten, dieser Schande der Demokratie durch ein wirkungsvolles Rüstungsexportgesetz ein Ende zu setzen." kündigte die Kampagnensprecherin und pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann an.

Die brutalen Auswirkungen des Einsatzes des tödlichsten Gewehres G36 von Heckler & Koch in Libyen, Mexiko, Saudi-Arabien und Georgien prangerte der Kampagnensprecher und Bundessprecher der DFG-VK, Jürgen Grässlin an: „Zwei Drittel aller Kriegsopfer kommen durch Gewehrkugeln ums Leben. Heckler & Koch, Europas größter Gewehrhersteller, verkauft das tödliche G36 weltweit. Alle Kontrollmechanismen versagen. Illegal gelangten diese Sturmgewehre auch nach Georgien, Libyen und Mexiko. Die Aufschrei-Kampagne fordert von der Bundesregierung den sofortigen Stopp aller Gewehrexporte und die Rücknahme der G36-Lizenz an die Diktatur Saudi-Arabien."

Nicht nur angesichts der Finanzkrise ist es unverantwortlich, in welchem Maße die Steuerzahler zur Absicherung von Rüstungsgeschäften belastet werden: „Die Bundesregierung genehmigt nicht nur, Rüstungsexporte in Länder, die nach den eigenen rüstungsexportpolitischen Kriterien nicht beliefert werden dürfen. Zusätzlich sichert sie in immer größerem Umfang diese Lieferungen noch mit staatlichen Ausfallbürgschaften ab, für die wir Steuerzahler haften, wenn ein Empfänger deutscher Waffen den Rüstungslieferanten nicht bezahlt.



Wir fordern die Beschränkung dieser Ausfallbürgschaften auf zivile Produkte an nicht-militärische Empfänger", sagte Paul Russmann, Friedensreferent bei Ohne Rüstung leben und Kampagnensprecher.

Die im Sommer 2011 gegründete Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!" ist das bislang breiteste Bündnis gegen den Export von Waffen und Rüstungsgütern aus Deutschland. Ziel ist die Ergänzung von Artikel 26 (2) des Grundgesetzes, wonach der Export von Waffen und Rüstungsgütern grundsätzlich verboten werden soll.

Neben dem Trägerkreis gibt es ein Aktkionsbündnis, in dem auch *Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie* mitarbeitet.

Quelle: „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" - Pressemitteilung vom 03.11.2011.
Weitere Informationen: www.aufschrei-waffenhandel.de

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekenntzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
(nach tel. Vereinbarung)
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen
Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 750 Exemplare

Bankverbindung

GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG
aro achimrosenhagen

Ich werde nicht glauben
an das Recht des Stärkeren,
an die Sprache der Waffen,
an die Macht der Mächtigen.

Aber ich will glauben
an das Recht der Menschen,
an die offene Hand,
an die Kraft der Gewaltlosigkeit.

Ich werde nicht glauben
dass ich nichts zu tun habe mit dem,
was wo anders geschieht.

Aber ich will glauben,
dass die ganze Welt mein Haus ist
und das Feld, das ich bestelle,
dass alle ernten, was alle gesät haben.

Ich werde nicht glauben,
dass ich Unterdrückung dort bekämpfen kann,
wenn ich Unrecht hier bestehen lasse.

Aber ich will glauben,
dass das Recht ungeteilt ist hier und dort,
dass ich nicht frei bin,
solange noch ein einziger Mensch Sklave ist.

Ich werde nicht glauben,
dass Krieg und Hunger unvermeidlich sind
und die Ferne unerreichbar.

Aber ich will glauben
an die kleine Tat,
an die scheinbar machtlose Liebe,
an den Frieden auf Erden.

Ich werde nicht glauben,
dass alle Mühe umsonst ist,
dass der Traum der Menschheit
ein Traum bleibt,
dass der Tod das Ende sein wird.

Aber ich wage zu glauben
an Gottes eigenen Traum,
an eine neue Erde,
auf der Gerechtigkeit herrscht,
unter einem neuen Himmel.

Helder Camara